



## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Ministerpräsident Koch hatte es darauf angelegt. Nun bekam er seine Quittung. Das Bundesverwaltungsgerichts Leipzig hat klar gestellt, dass die Vergabe von Busverkehrsleistungen nach dem deutschen Personenbeförderungsgesetz auch ohne Ausschreibungen möglich ist. Ganz anders die bisherige Praxis in Hessen: hier zwingt die CDU-Landesregierung Städte und Gemeinden zur Ausschreibung von Buslinien. Die Folge: Lohndumping ohne Grenzen. 7,50 Euro pro Stunde und weniger zahlen europaweit tätige Konzerne ihren Busfahrern und gewinnen so die Ausschreibungen. Da können private Busunternehmen vor Ort, die ihren Fahrern rund 10 Euro pro Stunde zahlen, nicht mithalten. Vor allem kleine private Unternehmer im Liniendienst und öffentliche Verkehrsunternehmen sind deshalb in große Schwierigkeiten geraten. Die Lohndrückerei wurde von der Regierung Koch bewusst in Kauf genommen und Wirtschaftsminister Riehl will auch nach dem Urteil an der bisherigen Regelung festhalten. Damit steht Hessen alleine auf weiter Flur. Hier helfen nur zwei Dinge: verbindliche Mindestlöhne und ein Regierungswechsel in Hessen.

Mit besten Grüßen

### Bodenverkehrsdienste sind vom Tisch

*Das Vorhaben der Europäischen Kommission, die Richtlinie für Bodenverkehrsdienste an Flughäfen zu überarbeiten, ist zunächst vom Tisch. Ursprünglich sollte im November ein Vorschlag für die weitere Liberalisierung der Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Abfertigung von Flugzeugen vorgelegt werden.*

Die Kommission hat offensichtlich eingesehen, dass man den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen kann. Deshalb muss nun erst einmal Klarheit über die Auswirkungen der bestehenden Richtlinie geschaffen werden. Genau diese Forderung hatte ich gemeinsam mit Kollegen im Rahmen einer schriftlichen Anfrage an die EU-Kommission gestellt.

Die Richtlinie für Bodenverkehrsdienste ist seit 1996 in Kraft. Wir wollen daher Bilanz ziehen, bevor wir über eine Revision reden. Wurde die Richtlinie in allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt? Sind die angestrebten Ziele erreicht? Welche Auswirkungen hatte die Liberalisierung auf die Belegschaft? Diese Fragen muss die EU-Kommission nun erst einmal beantworten.

Eine Revision ist nur dann sinnvoll, wenn die Bewertung der bestehenden Richtlinie Handlungsbedarf aufzeigt. Mit den Sozialdemokraten wird es keine Neuregelung um jeden Preis geben. Auf keinen Fall brauchen wir einen Kommissionsvorschlag, der letztlich zu einer Verschlechterung der Situation der Beschäftigten oder der Sicherheit an europäischen Flughäfen führen würde. Deshalb werden wir auch genau aufpassen, dass es keine Veränderung der Richtlinie durch die Hintertür gibt.

### Früherkennung rettet Leben

*Brustkrebs ist zu 90 Prozent heilbar. Voraussetzung ist allerdings, dass er frühzeitig erkannt und richtig behandelt wird. Trotzdem sterben in der EU immer noch mehr als 88.000 Frauen jährlich an der tückischen Krankheit. Dabei schwankt die Sterblichkeitsrate zwischen den Mitgliedstaaten bis zu 50 Prozent.*

Das Europäische Parlament hat sich deshalb mit überragender Mehrheit für eine konsequente Umsetzung der EU-Leitlinie von 1992 zur Früherkennung von Brustkrebs ausgesprochen. Das in der Leitlinie geforderte Mammographie-Screening gibt es bisher nur in 11 der 25 Mitgliedstaaten flächendeckend. Hinzu kommen große qualitative Unterschiede.

Auch Deutschland hat bei der Bekämpfung von Brustkrebs noch großen Nachholbedarf. Bisher bieten nur acht Bundesländer Mammographie-Screenings an. In den übrigen gibt es keine Früherkennung oder sie erfüllt nicht die Qualitätsstandards der EU-Leitlinie. Eine flächendeckende Einführung könnte jedoch allein in Deutschland täglich das Leben von 16 Frauen retten.

### Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir eine LED-Taschenlampe.

Frage: Wann beginnt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft?

a) 1. Januar 2007    b) 1. Juli 2007    c) 1. Januar 2008

Der Gewinner vom letzten Mal ist **Frank Appel** aus **Gedern**.

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel: 0032 2 28 45342  
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro  
Fischerfeldstraße 7-11  
D-60311 Frankfurt  
Tel: 069 299888510  
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de  
udo.bullmann@spd.de